

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Montag den 9. Mai 1932 Nummer 107

## Neue gewaltige Erwerbslosendemonstrationen in Chemnitz

# Polizeifugeln gegen Hungernde!

### Ein Erwerbsloser erschossen, drei weitere schwerverletzt . Das ist der Hungertod der deutschen Bourgeoisie . Nur der Sozialismus ist der Ausweg aus Hunger, Not und Elend!

Chemnitz, den 8. Mai 1932. (Eig. Bericht).

Hier kam es nach drei gewaltigen Erwerbslosenversammlungen am Sonnabendmittag zu spontanen Demonstrationen im Osten, Westen und Zentrum der Stadt. Im Osten der Stadt fand eine Demonstration von über 1000 Erwerbslosen statt.

Auf die Hungerrevue, Protestaktionen und Protestdemonstrationen der Chemnitzer Wohlfahrtsempfänger und Erwerbslosen antwortete die Schwammfranz-Polizei am Sonnabend mit Revolvergeschüssen und Gummiflugelkugeln.

Unter Führung des ehemaligen sozialdemokratischen Hauptwachmeisters Vohle, der den Befehl zum Feuer gab und als erster schuß, gab die Polizei eine Salve auf die Demonstranten ab. Vier Arbeiter wurden niedergeschlagen, ein Arbeiter starb auf dem Transport zum Krankenhaus und drei sind schwer verletzt. Bei den Getroffenen handelt es sich um den Arbeiter Karl Müller (28 Jahre), bei den Verletzten um die Arbeiter Paul Steinhäuser (23 Jahre), Oswald Böhle (50 Jahre) und Heinz Philipp.

Die KPD hat sofort zu Protestaktionen in den Betrieben und zu Massenversammlungen aufgerufen. Eine Betriebsratskonferenz wird vorbereitet und für den Tag der Verberigung ruft die KPD zu einem einhändigen Proteststreik auf.

In dieser Meldung erhalten wir noch folgenden Bericht aus Chemnitz:  
Am zweiten Male fanden am Sonnabend drei gewaltige, von den Versammlungen der Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger gegen den neuen Unterhaltungsabbau statt. Nach zahlreicher als am Dienstag der vergangenen Woche waren die Erwerbslosen dem Ruf ihrer gewählten Kampfausschüsse und des Erwerbslosenausschusses gefolgt. Ungeheure Erbitterung herrschte bei den Herden der Armen, die gerade von den Wohlfahrtskassen kamen und denen man die Hungerpläne gefürchtet hatte.

Stürmische Protestrufe wurden laut, als die Berichtshalter der Demonstrationen von den ergebnislosen Verhandlungen bei dem Oberbürgermeister H. Hart berichtet hatten. Immer wieder erklärten die Erwerbslosen: „So kann es nicht weitergehen, freiwillig werden wir nicht verkümmern!“

Nach Beendigung der Versammlung kam es zu spontanen Demonstrationen der Erwerbslosen. Sie zogen durch die Straßen mit Rufen: „Wir haben Hunger, wir wollen Arbeit!“

Im roten Osten zogen über 1000 Demonstranten durch die Straßen. In der Sonnenstraße kam ein Kommando Schutzpolizei unter Führung des Hauptwachmeisters Vohle, der der KPD angehörte, auf die Spitze der Demonstrationen zu und verbot den Zug auseinander zu zerlegen.

Als dies mikhana, sah Vohle seinen Revolver und gab den Befehl zum Feuer.  
Vohle selbst gab den ersten Schuß ab und zwei weitere Beamten folgten seinem Befehl. Sofort stürzten vier Arbeiter zu Boden und Arbeiterkameraden bemühten sich um die Verletzten.

Trotz der Gummiflugelkugeln der Polizei und der Tatlosigkeit, daß die übrigen Beamten mit Schußwaffen Karabiner und aufreißendem Bajonet gegen die Menschenmasse vorgingen, blieb in der frenetischen Welle in der bürgerlichen Presse behauptet, daß die Demonstration die Polizei „angegriffen“ hätten. Aber allein die Tatsache, daß der Arbeiter Steinhäuser zwei schwere Hüdenkugeln erhielt

beweist, daß die Polizei in die zurückweichenden Demonstranten hineingeschossen hat.  
Vier Arbeiter wurden niedergeschlagen. Der Arbeiter Karl Müller starb an den Folgen der Verletzungen auf dem Wege zum Krankenhaus. Die übrigen liegen mit schweren Verletzungen auf dem Krankenlager und noch weiß niemand, ob sie von den Verletzungen wieder genesen werden.

Eine ungeheure Empörung herrscht unter der Chemnitzer Arbeiterschaft. Im roten Osten, auf der Sonnenstraße, wo der Oberbürgermeister der Schwammfranz-Polizei auf eine unbewaffnete Erwerbslosendemonstration hat, waren die Straßen bis spät in die Abendstunden schwarz von Menschen.  
Diese neue Bluttat gegenüber hungernden Erwerbslosen, Wohlfahrtsempfängern und Ausgestoßenen kennzeichnet den Kurs der deutschen Bourgeoisie, die von der SPD bei allen ihren Maßnahmen gegen die Arbeiter voll und ganz unterstützt wird. Verhüllte Verleumdung und Unterdrückung, Steigerung

## Das Pariser Attentat Weißgardistische Ungebild, „Irrsinn“ mit System und antibolschewistische Kriegsbete

Am Sonnabend ist der französische Staatspräsident Doumer an den Folgen des Revolverattentats, das der russische Weißgardist Boguslow an ihm verübte, gestorben.

Die französische Polizei hat teilweise verurteilt, den Attentäter als einen Irrsinnigen hinzustellen. Es mag dahingestellt bleiben, ob der Vorkämpfer der weißgardistischen nationalistischen Bewegung — genannt „Nationale russische Partei“ — ein „Irrsinniger“ ist oder nicht. Seine Argumentation, seine Motive sind aber die eines völlig „normalen“, mit gesundem Menschenverstand ausgerüsteten weißgardistischen Propagandisten, Kollaboranten und zielbewußt ging er an sein Werk und verübte den Mord auf den französischen Staatspräsidenten, um nach seinen eigenen Angaben „Frankreich zum Kampf gegen die Sowjetunion aufzurufen“. Er und seine weißgardistischen Genossen fordern vom französischen Militarismus die bestmögliche Durchführung des Kriegszuges gegen das sozialistische Sowjetland. Sie berufen sich dabei auf die Unterstützung Frankreichs durch England während des letzten imperialistischen Weltkriegs.

Solche Forderungen und Taten sind von jeder Mittel aller weißgardistischen Attentäter zur Auslösung von Konflikten zwischen der Sowjetunion und der imperialistischen Welt gemein. Diese Propagandisten sind bereits zu einer Methode vieler durchaus nicht „irrsinniger“ Weißgardisten geworden, wie dies die Attentate auf den Führer der Sowjetunion, den Genossen

## 200 Eisenbahner brotlos

### Neue Massenentlassungen drohen . Dazu Forderungen mit Lohnabbau . Eisenbahner bildet auf jeder Dienststelle die gemeinsame Kampffront

200 Arbeiter des Reichsbahn-Werkstätten-Werkes Dresden-Friedrichshagen erhielten heute früh per Einschreiben ihre Kündigung für den 23. Mai zugestellt. In dem Kündigungsschreiben wird betont, daß die Reichsbahndirektion Dresden auf weitere Dienstleistung unter Fortzahlung des Lohnes verzichtet. Soweit den einzelnen Arbeitern noch Urlaub zufließt, wird derselbe in der Zeit bis zum Ablauf der Kündigungsfrist gewährt.

Diese Maßnahme zeigt den ungebrochenen Fortschritt der von der Gewerkschaftsbürokratie aller Richtungen, an den Eisenbahnen begangen wurde. Trotz Einlegung neuer Forderungen, werden rücksichtslos Massenentlassungen vorgenommen, wobei diesmal besonders die alten Arbeiter betroffen werden, die 18, 15, 20 und noch mehr Dienstjahre hinter sich haben. Ein Gewerkschaftsführer teilte bei diesen Entlassungen die Reichsbahndirektion insofern, als sie den Urlaub in die Kündigungsfrist verlegt, und die Arbeiter somit um die 14tägige Entlohnungsfrist bringt.

Im Juni sollen weitere 200 Arbeiter des RWW gekündigt werden.  
Die Gewerkschaftsbürokratie wird ihre gemeinen Betrugsmanöver an den Eisenbahnen fortsetzen. Deshalb muß jetzt angesichts der neuen Massenentlassungen in allen Betrieben und Dienststellen die Einheitsfront aller Eisenbahner, ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit, zum Kampf gegen Massenentlassungen und Forderungen, die gleichzeitig einen neuen Lohnraub mit sich bringen, hergestellt werden.

Das ist der einzige Weg, um gegen die Maßnahmen der Reichsbahndirektion und die Betrugsmanöver der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie erfolgreich zu kämpfen.

Die KPD und die RGO haben vor wenigen Tagen in ihrem Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft allen Arbeitern und allen Organisationen, in denen Arbeiter vereinigt sind, die Hand zum gemeinsamen Kampf gegen alle Maßnahmen der Unternehmern,

die nur die weitere Verleumdung des Proletariats zur Folge haben, angeboten. Im Hauptbetriebsrat haben die reformistischen christlichen Betriebsräte den Vorschlag der roten Betriebsräte zur Organisation einer einheitslichen Kampffront der Eisenbahner abgelehnt. Das zeigt, daß die reformistischen und christlichen Führer den gemeinsamen Kampf verhindern wollen, um so der Reichsbahndirektion die Durchführung ihrer Abbaupläne zu ermöglichen.

Deshalb gilt es jetzt unten in den einzelnen Betrieben und Dienststellen die Einheitsfront aller Eisenbahner herzustellen, entsprechende Kampforganisationen aufzubauen, gemeinsame Kampfaufrufe zu bilden und unter ihrer Führung den Kampf anzuknüpfen.

## Eisenbahner-Betriebsräte für Kampf

Schern sagte in Dresden eines von den roten Betriebsräten der Reichsbahn einberufenen Betriebsrätekonferenz, 45 Betriebsräte aus Dresden, Leipzig, Chemnitz, Jüdisch und anderen Orten Sachsen nahmen zu dem Generalaufruf der Reichsbahndirektion Stellung, der sich in Sachsen ganz besonders hart auswirkt. Nach ausführlicher Diskussion über die zum Schutze der Arbeiter und anderen Beamten zu ergreifenden Kampfmaßnahmen nahm die Konferenz, an der auch christliche und sozialdemokratische Betriebsräte teilnahmen, einstimmig einen Aufruf an alle sächsischen Eisenbahner an zur Schaffung der roten Kampffront in allen Reichsbahnbetrieben und Dienststellen.

## Heute 19.30 Uhr Parteiarbeiterkonferenz im Keglerheim

Genosse Ferlemann spricht über: Unser Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau und der Aufruf des ZK . Alle Parteiarbeiter nehmen an der Konferenz teil!